

NRW > Städte > Rheinberg > Bürgerinitiative Salzbergbaugeschädigte erhebt Untätigkeitsklage >

Xanten/Rheinberg

Salzbergbau-Initiative erhebt Klage

Xanten/Rheinberg · Weil sich die Bezirksregierung Arnsberg weigert, Informationen herauszugeben, klagt der anerkannte Umweltverband wegen Untätigkeit.

26.06.2023, 16:56 Uhr · 2 Minuten Lesezeit



K+S hat die Erweiterung des Salzabbaus beantragt. Die Bürgerinitiative schaltet schon im Genehmigungsverfahren das Gericht ein.

Foto: Armin Fischer (arfi)



Von Bernfried Paus



Die Bürgerinitiative (BI) der Salzbergbaugeschädigten hat im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur Erweiterung der Abbaufelder beim Verwaltungsgericht Düsseldorf Untätigkeitsklage gegen die Bezirksregierung Arnsberg eingereicht. Die Bürgerinitiative verlangt die Herausgabe von Unterlagen.

Dabei geht es der BI um rund 30 Einwendungen diverser Träger öffentlicher Belange – Kommunen, Umweltverbände und Behörden –, die im Mai 2022 gegen das aktuell laufende Planfeststellungsverfahren um die Erweiterung des Salzabbaus zwischen Xanten und Rheinberg durch K+S bei der Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Bergbaubehörde eingereicht worden seien – neben mehr als 2000 Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern.

The video thumbnail features a dark background with a blurred image of a person's hands working on a laptop. In the top left corner, there is a white square icon and the text 'So prüfen Mieter die Nebenkostenabrechnung'. In the top right corner, there is a yellow 'RP' logo. The main text in the center is 'NEBENKOSTEN ÜERPRÜFEN' in large, bold, yellow letters, with 'Darauf sollten Mieter achten' in white below it. A white play button icon is centered over the text. In the bottom left corner, the 'glomex' logo is visible, and in the bottom right corner, there is a white box containing the duration '02:03'.

Die große Zahl an Einwendungen, so die Initiative, unterstreiche die Sorge, dass „hier für Tausende von Bürgern über deren Köpfe hinweg entschieden werde, was mit ihren Lebensbedingungen und ihrem Grund und Boden irreversibel passiert“. Um nach Erteilung

des Planfeststellungsbescheides durch die Bezirksregierung Arnsberg vorbereitet zu sein, habe die BI im Dezember einen Antrag auf Bereitstellung der Einwendungen von Trägern öffentlicher Belange gestellt. Dieses Recht stehe Umweltverbänden nach dem Umweltinformationsgesetz zu. Die Bürgerinitiative sei seit Mai 2022 als solche anerkannt.

Die Bezirksregierung habe diesem Antrag Ende Februar allerdings widersprochen. Die Begründung dieser Entscheidung sei nicht plausibel und erscheine „zutiefst parteiisch“, so der BI-Vorsitzende Torsten Schäfer. Die Bürgerinitiative könne daher nur vermuten, dass die für die Genehmigung des Salzbergbaus zuständige Bezirksregierung und das beantragende Unternehmen K+S „an einem transparenten Prozess nicht interessiert“ seien. „Ansonsten würden sie alle Informationen, die zur Meinungsbildung beitragen könnten, transparent und offen darstellen“, so Schäfer weiter. Stattdessen aber würden „mit juristischen Winkelzügen“ Informationen verwehrt, „die eigentlich jedem betroffenen Bürger am linken Niederrhein zustehen sollten“.

(bp)

0 Kommentare